



Mobilität ist der Pulsschlag Brandenburgs.

Moderne Verkehrssysteme verbinden uns. Mobilität steht für Lebensqualität und soziale Teilhabe; sie ist Ausdruck und Voraussetzung unseres Wohlstandes. Die gesamte Verkehrsinfrastruktur Brandenburgs hat jedoch einen hohen Investitionsnachholbedarf, resultierend aus Vernachlässigung und unzureichenden Werterhaltungsmaßnahmen der letzten Jahrzehnte. Die Landesregierung wälzt immer mehr Verantwortung hinsichtlich des Erhalts von Straßen und öffentlichem Verkehr auf die Kommunen ab. Das muss sofort beendet werden.

Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir fordern:

- ▶ Mehr Geld für den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur (Drucksachen 7/6771, 7/6773), der Bundesautobahn A13 (Drucksache 7/5381), von P+R-Möglichkeiten und des Angebots im öffentlichen Verkehr.
- ▶ Jedem Bürger weiterhin das Recht auf individuelle Mobilität – freie Wahl des Verkehrsmittels.
- ▶ Keine ideologisch begründeten Tempolimits.
- ▶ Technologieoffenheit statt Verbote, keine Fokussierung auf E-Autos (Drucksachen 7/534, 7/3423).

FÜR SIE IM ARBEITSKREIS INFRASTRUKTUR UND LANDESPLANUNG:

Peter Drenske
Daniel Freiherr von Lützow
Steffen Kubitzki
Daniel Münschke
Volker Nothing
Marianne Spring
Räumsschüssel (v.l.n.r.)



Dafür setzen wir uns für Sie im Landtag Brandenburg ein:

- ✔ Senkung der Grunderwerbsteuer (Drucksache 7/5678).
- ✔ Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen (Drucksache 7/7385).
- ✔ Mehr Geld für Verkehrsinfrastruktur (Drucksachen 7/6771, 7/6773).
- ✔ Keine Zerstörung von Nutzflächen für Windkraft- und Photovoltaikanlagen (Drucksache 7/7381).
- ✔ Für mehr Bürgernutzen und weniger Ideologie!

DIE AFD-FRAKTION INFORMIERT



So! geht Infrastruktur.

Brandenburg zuerst! Heimat bewahren.

Wir wollen eine funktionierende Infrastruktur, freie Verkehrsmittelwahl und bezahlbaren Wohnraum.

So! geht Demokratie.



Herausgeber:
AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon:
0331/ 966 1806
E-Mail:
info@afd-fraktion.brandenburg.de

Diese Publikation darf nicht für Partei- oder Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.
Erstellungsdatum: April 2023

 Lesen Sie hier unsere Anträge (einfach Drucksachen-Nr. eingeben):



So! geht Demokratie.



FÜR UNSERE BÜRGER

Mobilität und Wohnen sind freiheitliche Grundrechte.

Wir setzen auf ein funktionierendes, sicheres und zuverlässiges Verkehrssystem, in dem alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Die Landesregierung hat den Bürgern nicht vorzuschreiben, welches Verkehrsmittel sie nutzen sollen. Eine ideologische Bevormundung lehnen wir strikt ab. Haus und Wohnung müssen für alle bezahlbar bleiben. Geplante Zwangsmaßnahmen im Namen der „Klimawende“ wie Solar- und Dämmpflicht sowie das Verbot von Öl- und Gasheizungen werden viele Menschen vor kaum lösbare finanzielle Probleme stellen. Auch hier stellen wir uns gegen staatliche Experimente und fordern Entscheidungsfreiheit für die Bürger Brandenburgs.

Daniel Münschke

VORSITZENDER DES ARBEITSKREISES
INFRASTRUKTUR UND LANDESPLANUNG
DER AFD-FRAKTION BRANDENBURG



BERLIN VS. BRANDENBURG?

Brandenburg darf nicht zum Hinterhof Berlins werden!

Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP-HR) bildet den Rahmen für die zukünftige Entwicklung im Umland von Berlin. Leidtragend ist hierbei das Land Brandenburg, denn der LEP-HR fordert eine dichte Bebauung entlang des sogenannten Siedlungssterns. Die Kommunen sollen demnach nur noch entlang vorgegebener Verkehrsachsen Bauland vergeben dürfen. Der „Speckgürtel“ um Berlin wird extrem dicht besiedelt, die Neubauten dienen voraussichtlich primär der Deckung des Berliner Wohnungsbedarfs inklusive der Flüchtlings- und Asylantenunterbringung.

Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir fordern:

- ▶ Brandenburger Interessen haben Vorrang: keine Bevormundung aus Berlin!
- ▶ Ende des Flächenraubs in Brandenburg für die Versorgung Berlins!
- ▶ Masseneinwanderung stoppen – bezahlbarer Wohnraum für Brandenburger!
- ▶ Klare Vorgaben zur Wohnungsbelegung für Berliner landeseigene Wohnungsbaugesellschaften, die in Brandenburg bauen!
- ▶ Sofortige Entlastung der sozialen Infrastruktur!

LÄNDLICHER RAUM

Zukunftsort ländlicher Raum.

Lebensnotwendige Dinge, die für die wohnortnahe Grundversorgung der Bevölkerung wichtig sind, wurden im ländlichen Raum sträflich vernachlässigt. In den letzten Jahrzehnten sind Schulen, Arztpraxen und Lebensmittelhändler aus den ländlichen Regionen nahezu verschwunden (Drucksache 7/1027), infolgedessen auch die Bevölkerung. Die Landesregierung hat keine Konzepte zur Belebung der Dörfer und Ortschaften. Stattdessen werden dort immer mehr Windkraft- und Photovoltaikanlagen errichtet. Das Land Brandenburg wird mehr und mehr zum Industriepark für Berlins Energiehunger.

Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir fordern:

- ▶ Heimat bewahren: Daseinsvorsorge gewährleisten, Kommunen stärken, Ortschaften erhalten.
- ▶ Wohneigentum für Familien erstrebenswert und bezahlbar machen.
- ▶ Grundsteuer und Straßenausbaubeiträge streichen (Drucksache 7/7385).
- ▶ Keine Verschandelung der Brandenburger Landschaft durch Windkraftanlagen (Drucksache 7/5579).
- ▶ Keine Ausweisung von 2,2 Prozent der Brandenburger Landesfläche zur Windenergienutzung!

